

KIRGISTAN

Gewerkschaftsmonitor

Dezember 2019

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Seit der Unabhängigkeit von der Sowjetunion im Jahr 1991 befindet sich Kirgistan in einem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Transformationsprozess. Durch zwei als Revolutionen bezeichnete Aufstände in den Jahren 2005 und 2010 wurden autoritäre, kleptokratische Herrscher gestürzt. In Folge der sogenannten Aprilrevolution von 2010, die über 80 Todesopfer forderte, bekannten sich die Kirgisinnen in einem Verfassungsreferendum zur parlamentarischen Demokratie. Bis heute verfügt der Präsident allerdings über eine sehr starke Position, weshalb von einem semipräsidentiellem politischen System gesprochen werden muss. In einer von autoritären Regimen geprägten Region ist Kirgistan dennoch ein Solitär. Im Vergleich zu den Nachbarländern genießen die Bürger_innen weitgehende Freiheiten und Rechte und auch der Grad der Medien- und Pressefreiheit ist einzigartig in der Region, was dem Land den Beinamen »Insel der Demokratie« einbrachte. Die von der OSZE als frei, kompetitiv und fair eingestufteten Wahlen zum Präsidentenamt im Herbst 2017 sowie der darauf folgende erste demokratische Machtwechsel in Zentralasien fügen sich in dieses Bild. Jedoch ist das kleine zentralasiatische Land in steter Unruhe und kämpft um Stabilität: Ein Machtkampf zwischen dem früheren Präsidenten und seinem Nachfolger destabilisierte das Land bis August 2019. Almazbek Atambaiev, der Amtsvorgänger des heutigen Präsidenten, war zwar gewillt das Präsidentenamt zu übergeben, jedoch nicht die Kontrolle und den Einfluss auf das politische Geschehen abzugeben. Nach einer monatelangen Auseinandersetzung, die im August 2019 gewaltsam endete, ist der ehemalige Präsident nun in Haft und mit ihm eine Reihe von ehemals hochrangigen Weggefährten. Korruption (Transparency International Corruption Perception Index 2018: Rang 132/180) und Netzwerke des organisierten Verbrechens haben enormen Einfluss in der kleinen zentralasiatischen Republik. Scheint Ruhe eingekehrt zu sein, erschüttert ein weiterer Skandal das Land bis in die politischen Eliten hinein. Dies fördert den Verdross und die Verbitterung innerhalb der Be-

völkerung und gefährdet das demokratische Projekt Kirgistans. Symptomatisch für die allgegenwärtigen Schwierigkeiten ist die Rolle der Parteien im politischen System. Das Gros der Parteien muss als klientelistisch charakterisiert werden. Programmatische, wertegeleitete Politikansätze lassen sich nur schwerlich identifizieren. Dies hat auch zur Folge, dass keine Partei für die Gewerkschaften als Transmissionsriemen in das Parlament hinein wirken könnte. Vielmehr erwies sich das schwach institutionalisierte Mehrparteiensystem in der Vergangenheit viel zu häufig als einträgliches Geschäftsfeld, auf dem mit Ämtern und Listenplätzen Handel betrieben wurde. Aufgrund zu geringer Mittel für Organisation, Kommunikation und Wahlkampf sind die Parteien auf Spenden angewiesen, die es etwa Oligarchen ermöglichen, sich in Parteien einzukaufen und diese als Instrument zur Absicherung ihrer Geschäftsinteressen zu nutzen. Mangelnde Transparenzkriterien und andere Finanzierungsarten unterstützen diese Entwicklung. Hoffnung allein geben einige progressive Abgeordnete und eine für die Region einzigartig starke Zivilgesellschaft, die sich zunehmend geschickt für ihre Interessen einsetzt. Eine gute Gelegenheit echte politische Veränderungen für die Bürgerinnen anzubieten und eine Gemeinwohlorientierung in der Politik zu verankern sind die für Oktober 2020 angekündigten Parlamentswahlen. Sollte sich eine politische Kraft mit inhaltlichem Anspruch und überzeugendem Profil etablieren und den Bürgerinnen und Bürgern ein echtes programmatisches Angebot machen, dann wäre dies ein relevanter Schritt, um die Demokratie in Kirgistan zu festigen und wehrhaft zu machen.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion veränderte sich die wirtschaftliche Struktur des kleinen zentralasiatischen Staates nachhaltig. Konnte die Wirtschaftsstruktur zuvor als agrarisch-industriell bezeichnet werden, so führten die intendierten Effekte der »Schock-Therapie« sowie das Ausbleiben der Transferzahlungen aus Moskau zu einer grundlegenden Veränderung des kirgisischen Wirtschaftsmodells. Viele der Industriebetriebe mussten in der Folge schließen und eine Bodenreform

fürte zu einem hochgradig fragmentierten und bis heute wenig konkurrenzfähigen landwirtschaftlichen Sektor.

Die Weltbank zählt Kirgistan zu den Ländern mit niedrigem mittlerem Einkommen. Im Jahr 2018 betrug das Bruttoinlandsprodukt 8.09 Milliarden USD, wovon der Beitrag von 8,9 Prozent allein auf den Goldminenbetreiber Kumtor entfällt. Bei etwa 27 Prozent (2018) liegt gar der Anteil am Bruttoinlandsprodukt, der auf Rücküberweisungen von Arbeitsmigrant_innen vor allem in Russland, Kasachstan und der Türkei zurückzuführen ist. Allein in der russischen Föderation sollen über 650.000 kirgisische Arbeitsmigrant_innen leben. Bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 6,3 Mio. Menschen befinden sich insgesamt etwa 800.000 Menschen in der Arbeitsmigration – eine gigantische Zahl, die Kirgistan einen globalen Spitzenplatz bei der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Remissen sichert. Das kirgisische Wirtschaftsmodell ist somit extrem anfällig für externe Schocks, wie etwa der Verfall des Ölpreises und das Einbrechen der russischen Wirtschaftsleistung (so geschehen in 2014/15) oder Schwankungen des Goldpreises.

Die Rücküberweisungen der Arbeitsmigrant_innen tragen in großem Umfang zur Reduzierung der Armutsquote (Nationale Armutsquote) in ihrer Heimat bei, die im Jahr 2018 bei etwa 25 Prozent lag. Sie nehmen durch ihre Entscheidung im Ausland zu arbeiten zudem Druck vom heimischen Arbeitsmarkt, der eine zu geringe Absorptionsfähigkeit aufweist. Dies muss insbesondere mit Blick auf die wachsende junge Bevölkerung (Durchschnittsalter 26,5 Jahre in 2018) gelten. Aktuelle Arbeitsmarktzahlen von 2018 sehen die offizielle Arbeitslosenquote bei 6,2 Prozent, wobei dies in Zweifel gezogen werden darf. Der Arbeitsmarkt veränderte sich in der vergangenen Dekade von einem Modell, das dauerhafte Beschäftigung als Normalfall ansehen konnte, hin zu einem Arbeitsmarkt, der geprägt ist von saisonaler, selbstständiger, nicht dauerhafter Beschäftigung. Hiervon sind insbesondere der landwirtschaftliche sowie der Dienstleistungssektor betroffen. Zudem breitet sich der informelle Sektor weiter aus – es wird angenommen, dass mittlerweile über 70 Prozent der Beschäftigten in informellen Arbeitsverhältnissen stehen. Dies übt nicht nur Druck auf die Sozialversicherungssysteme aus, sondern hinterlässt eine große Zahl der Beschäftigten ohne Absicherung gegenüber Lebensrisiken. Dies gilt im Übrigen ebenso für die Arbeitsmigrant_innen, die sich vielfach Ausbeutung und mangelnder sozialer Absicherung im Ausland gegenüber sehen. Die sozialen Kosten der Arbeitsmigration sind groß: Laut einer aktuellen Studie wachsen etwa 280.000 Kinder in Kirgistan ohne ihre Eltern auf.

Das Bekenntnis zum Sozialstaat ist an prominenter Stelle in der kirgisischen Verfassung verankert, jedoch ist die öffentliche Hand nur in unzureichendem Masse fähig, den daraus erwachsenden Pflichten nachzukommen. Zwar sehen die sozialen Sicherungssysteme durchaus eine breite Absicherung der Bürgerinnen und Bürger vor, aufgrund der mangelnden Deckung kann das Versprechen allerdings nicht eingelöst werden. Dieser Umstand führt wiederum zu einer Verschärfung der Situation unzureichender Deckung der Sozialversicherungssysteme, da Vertrauen die Grundlage der Teilnahme ist. Viele Menschen ziehen es aber vor, privat vorzusorgen, so ihnen dies überhaupt möglich sein sollte.

Laut nationalem Statistikkomitee lag das offizielle Existenzminimum in 2017 bei 72 USD monatlich. Die Durchschnittsrente lag nur minimal darüber. Keine der anderen nicht beitragsgebundenen Sozialleistungen erreichte die Höhe des offiziellen Existenzminimums, das de facto aber ebenfalls viel zu niedrig angesetzt ist. In der Verfassung der Kirgisischen Republik wird garantiert, dass der Mindestlohn nicht den Level des Existenzminimums unterschreiten darf, jedoch wurde der gesetzliche Mindestlohn in 2017 auf etwa 17 USD festgelegt, was eine Unterschreitung um das Vierfache bedeutet. Die Gewerkschaftsföderation macht regelmäßig auf die Verfassungswidrigkeit des Mindestlohns aufmerksam, bislang allerdings ohne Erfolg.

Kirgistan ist in hohem Maße von ausländischer Hilfe abhängig. Aufgrund der schwachen Wirtschaftsleistung und der mangelnden industriellen Entwicklung versucht das Land, attraktiv für ausländische Direktinvestitionen zu sein. Hier ist das niedrige Lohnniveau eines der Kernargumente, mit dem für Investitionen geworben wird. Ein Mehr an Deregulierung und eine Abwärtsspirale der Löhne ist die Folge.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

In der Bevölkerung ist wenig über die Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften bekannt, bzw. wenn die Gewerkschaften öffentlich in Erscheinung treten, dann sind dies häufig Berichte über Skandale und Korruptionsaffären, die nicht selten aus den Verbänden selbst kommen und Ausdruck der internen Machtkämpfe sind. Entsprechend schlecht ist das Bild der Gewerkschaften in der Öffentlichkeit. 2019 hat sich allerdings innerhalb der Gewerkschaften, aber auch in ihrem Erscheinungsbild, eine neue Dynamik entwickelt: Angesichts eines Entwurfs zur Novellierung des Gewerkschaftsgesetzes, der in seiner aktuellen Form nicht nur gegen die Verfassung der Kirgisischen Republik verstößt, sondern auch eine Verletzung essentieller ILO Kernarbeitsnormen (u.a. 87, 98, 144) darstellt, erfolgten gemeinsame öffentliche Kampagnen der Gewerkschaften und eine bessere Vernetzung und Kommunikation zwischen den Branchengewerkschaften. Sowohl der Internationale Gewerkschaftsdachverband (ITUC) als auch Internationale Branchengewerkschaftsverbände (u.a. IndustriAll) hatten sich auf Betreiben der kirgisischen Gewerkschaften mit Briefen an den kirgisischen Präsidenten gewandt, um das Gesetz in der jetzigen Form zu verhindern. Da das neue Gesetz das Bestehen freier Gewerkschaften grundsätzlich infrage stellt, konnten sich viele aus der Gewerkschaftsbewegung hinter dem gemeinsamen Ziel der Ablehnung des Gesetzes versammeln und eine neue Form der Solidarisierung und gemeinsamer Anstrengung konnte beobachtet werden. Der Erfolg dieser Bemühungen bleibt allerdings abzuwarten, denn der Gesetzesentwurf hat Ende September die zweite Lesung im Parlament passiert.

Sowohl in 2013 wie auch 2015 gab es bereits Versuche die kirgisische Arbeitsgesetzgebung zum Nachteil der Arbeiterschaft zu verändern. In beiden Fällen organisierte der kirgisische Gewerkschaftsdachverband Demonstrationen mit mehreren tausend Teilnehmer_innen, sodass die Regierung

schließlich gezwungen war, die Änderungen zu unterlassen. Doch neues Unheil droht aktuell durch die Novelle des Strafrechts der Kirgisischen Republik, die seit 2019 in Kraft ist. Darin wurde darauf verzichtet, Einstellung ohne Formalisierung der Beschäftigung durch einen Vertrag als strafrechtliches Vergehen zu deklarieren, was zu einem weiteren Anwachsen des informellen Sektors führen kann. Ähnlich negativ ist der Verzicht darauf, die Ablehnung von Arbeitgeber_innen sich an Tarifverhandlungen zu beteiligen, als strafwürdig zu benennen. Besonders schwer wiegt allerdings, dass im neuen Strafgesetzbuch die Entlassung von Mitgliedern gewählter Arbeitnehmervertretungen ebenfalls nicht als straffähiges Vergehen genannt wird. Die Gewerkschaften haben mit Unterstützung des Arbeitsministeriums eine entsprechende Gesetzesänderung in das Parlament eingebracht und erwarten nun eine Entscheidung. Außerordentlich kritisch ist zudem ein Moratorium auf Arbeitsplatzinspektionen durch die Behörden zu bewerten, das seit 2019 für die Dauer von zwei Jahren gilt. Demnach können Inspektionen nur in Notfällen durchgeführt werden, so Gefahr für Leib und Leben der Arbeiter_innen besteht. Hintergrund sind scheinbare Korruptionsfälle in der Staatsagentur für Umwelt und Technische Überprüfung, die für das gesamte Land 23 Arbeitsinspektoren beschäftigt. Arbeitgeberverbände hatten sich mit dem Verweis auf Korruption durch die Inspektoren erfolgreich für das Moratorium erfolgreich eingesetzt. Die Gewerkschaften versuchen dem Mangel nun zu begegnen und stellen selbst 35 eigene Inspektor_innen. Die Inspektion ist allerdings nur in Betrieben möglich, die gewerkschaftlich organisiert sind, was jedoch nur auf etwa 30 Prozent aller Betriebe zutrifft. Im laufenden Jahr gab es laut der Föderation der Gewerkschaften der Kirgisischen Republik (FPK) landesweit bereits 50 tödliche Arbeitsunfälle. Erst Anfang November explodierte in einem Schnellrestaurant im Zentrum Bischkeks eine Gasflasche und tötete dabei einen Angestellten und verletzte über 20 weitere Personen. Vor diesem Hintergrund ist das aktuelle Moratorium auf Arbeitsschutzüberprüfungen nur schwer nachvollziehbar.

GEWERKSCHAFTEN IN KIRGISTAN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Wie in vielen Ländern im postsowjetischen Raum fällt es einem Großteil der kirgisischen Gewerkschaften auch fast 30 Jahre

nach der Unabhängigkeit immer noch schwer, sich von dem sowjetischen Erbe zu lösen. Die Beharrungskräfte sind u.a. durch die personellen Kontinuitäten in der Führung aber auch in der Mitgliedschaft zu erklären. Darüber hinaus erfüllen die kirgisischen Gewerkschaften auch heute noch Aufgaben, die ihnen schon in der früheren Sowjetunion zugedacht waren, so etwa die Gratifikation von Arbeiter_innen, die Befriedung von Konflikten in der Arbeiterschaft und den Betrieben sowie die Organisation der Erholung der Arbeiterschaft in den gewerkschaftseigenen Erholungsheimen. Für Letzteres erhalten die Gewerkschaften in Kirgistan Zahlungen aus dem Sozialfond, was die Abhängigkeit der Gewerkschaften von der öffentlichen Hand massiv erhöht. Neben dem ideologischen institutionellen Erbe aus der Sowjetzeit haben die Gewerkschaften in Kirgistan zudem umfassenden Immobilienbesitz übernommen, der nicht nur eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber Mitgliedsbeiträgen bewirkt und damit den Reformdruck herabsetzt, sondern auch das Interesse einflussreicher Kreise weckt.

Das offizielle Erbe des sowjetischen Gewerkschaftsdachverbands hat die FPK als Nachfolgeorganisation angetreten. Die FPK ist nicht Mitglied im Internationalen Gewerkschaftsbund (ITUC), sondern besitzt lediglich Beobachterstatus, aufgrund mangelnder politischer Unabhängigkeit angesichts der Zahlungen aus dem Sozialfond. In der FPK sind 20 Branchengewerkschaften organisiert, doch viele Vertreter_innen aus den Mitgliedsgewerkschaften stehen dem Dachverband aufgrund ausbleibender Reformen und der mangelnden Unabhängigkeit sehr kritisch gegenüber. Einzelgewerkschaften, wie etwa die Mining and Metalurgical Union of Kyrgyzstan oder die Kyrgyzstan Building Workers Union, sind als fortschrittliche gewerkschaftliche Kräfte zu bewerten. Beide sind Mitglieder in der jeweiligen Global Union (IndustriAll bzw. BWI), was ihnen international deutlich größere Autorität verschafft, als es der FPK gelingt. Zudem entwickeln beide Gewerkschaften moderne Formen der Kampagnenführung, der Mitgliedergewinnung und sie sind als Stimme ihrer Mitglieder im öffentlichen Diskurs deutlich wahrnehmbar. In der Vergangenheit gab es aufgrund der Unzufriedenheit immer wieder Versuche konkurrierende Dachorganisationen zu gründen, wie etwa die Konföderation der Unabhängigen Gewerkschaften, die jedoch wenig erfolgreich war und heute keine Rolle mehr spielt.

Es ist der staatliche Sektor, in dem der gewerkschaftliche Organisationsgrad besonders hoch ist. Die gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen, die sich meist auf die einzelnen Institutionen und die betriebliche Ebene beziehen, führen allerdings zu einer massiven Fragmentierung und erschweren die

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände des Landes

Bezeichnung	Vorsitz und stv. Vorsitz	Mitgliederzahl	Internationale Mitgliedschaften
Федерации профсоюзов Кыргызстана, ФПК (Federation of Trade Unions of Kyrgyzstan – FPK)	Mirbek Assanakunov	750.000 (nach eigenen Angaben; andere Schätzungen sprechen von 450.000 Mitgliedern)	General Confederation of Trade Unions (GCTU), ITUC (Beobachterstatus)

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften des Landes

Bezeichnung	Dachverband	Vorsitz und stv. Vorsitz	Mitgliederzahl	Internationale Mitgliedschaften
Профсоюз работников образования и науки КР (Trade Union of Education and Science of the Kyrgyz Republic – TUESWK)	FPK	Asylbek Toktogulov Vizevorsitzende: Südliche Regionen – Sabyr Toigonbaev; nördliche Regionen – Omurbek Moldokmatov	208.000 (eigene Angaben)	ETUCE, CSEE, GCTU
Профсоюз работников здравоохранения Кыргызской Республики – KHWU (Health Workers Union of the Kyrgyz Republic – KHWU)	FPK	Naken Saaliev	88.599	PSI
Горно-металлургический профсоюз Кыргызстана – GMPK (Mining and Metallurgical Union of Kyrgyzstan – MMTUK)	FPK	Vorsitzender: Eldar Tadjibaev Vizevorsitzender: Almazbek Djakypov	29.690	IndustriALL
Профсоюз строителей и промышленных стройматериалов (Kyrgyzstan Building Workers' Union)	FPK	Vorsitzender: Toktogul Sultakeev Vizevorsitzender: Eldiia Karachalov	13.003	BWI

gemeinsame Handlungsfähigkeit. Mit nur 11 Prozent Anteil am gesamten Arbeitsmarkt ist der Privatsektor extrem schwach aufgestellt und bildet damit im Vergleich mit anderen postsowjetischen Ländern das Schlusslicht. Der staatliche Sektor nimmt etwa 18 Prozent ein wobei über 70 Prozent der Beschäftigten im informellen Sektor tätig sind.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die Wirkungsbereiche der Gewerkschaften sind weitestgehend im Arbeits- und Beschäftigungsgesetz sowie einem eigenen Gewerkschaftsgesetz geregelt. In Letzterem ist beschrieben, dass den Gewerkschaften die Aufgabe des Schutzes der arbeits- und sozioökonomischen Rechte ihrer Mitglieder zukommt. Kirgistan hat bis heute 53 ILO Vereinbarungen ratifiziert, darunter auch die acht Kernarbeitsnormen. Die Gewerkschaften können bisweilen in Kirgistan frei arbeiten, jedoch neigen sie selbst zur Befriedung von Konflikten und begreifen sich nicht als reine Interessenvertretung der Arbeiterschaft bzw. der Beschäftigten. Diese vermittelnde Rolle drückt sich in einer regelrechten Streik- und Kampagnenaktivität aus. Sollte das neue Gewerkschaftsgesetz tatsächlich unverändert verabschiedet werden, werden freie und unabhängige Gewerkschaften in Kirgistan allerdings der Vergangenheit angehören.

Das kirgisische Arbeitsgesetz räumt Arbeitnehmer_innen weitreichenden Schutz und Rechte ein. Eine bestehende und bislang nur unzureichend erfüllte Herausforderung ist die Um-

setzung der Gesetze - ein systeminhärentes Problem, das auf viele Regelbereiche zutrifft. Die Gewerkschaften bemühen sich darum, die Einhaltung der Gesetze zu überwachen und auf Missstände aufmerksam zu machen. Zudem vertreten sie Arbeiter_innen und Beschäftigte vor Gericht (auch Nicht-Gewerkschaftsmitglieder) und beraten Mitglieder zu arbeitsrechtlichen Fragen.

Laut den Angaben der Kirgisischen Föderation wurden in 2018 insgesamt 7.991 Tarifverträge geschlossen, was einer Abdeckung von 84,5 Prozent aller primären Gewerkschaftsorganisationen in den Betrieben entspricht. Vor allem im staatlichen Sektor ist die Tarifabdeckung hoch und macht rund die Hälfte der gesamten Tarifverträge aus.

In Kirgistan wird das System der Sozialpartnerschaft entsprechend der in 1992 ratifizierten ILO Konventionen 122 und 144 umgesetzt. Das aktuelle tripartite Rahmenabkommen läuft seit 2017 und endet im Dezember 2019. Aktuell wird zwischen der kirgisischen Regierung, der FPK und weiteren Gewerkschaften auf Arbeitnehmerseite, sowie der Industrie- und Handelskammer und dem Arbeitgeberverband JIA auf der Arbeitgeberseite, eine neue Rahmenvereinbarung ausgehandelt.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Nach wie vor stehen die Gewerkschaften in Kirgistan unter dem Eindruck der sowjetischen Gewerkschaftstradition. Die

eigene Unklarheit über die Rolle und die nicht gegebene Unabhängigkeit verhindern zuweilen ein kompromissloses Eintreten für die Interessen der Arbeitnehmer_innen. Der Immobilienbesitz der Gewerkschaften scheint einer internen, organisatorischen Weiterentwicklung nicht zuträglich zu sein und reduziert den Druck Neumitglieder anzusprechen. Dennoch: Die Novelle des Gewerkschaftsgesetzes, die die Gewerkschaften in ihrer Existenz bedroht, hat eine neue Dynamik innerhalb der Gewerkschaftsbewegung entfacht. Besonders progressive Individuen haben öffentliche Anhörungen erzwungen, moderne Lobbyarbeit im kirgisischen Parlament betrieben sowie internationale Organisationen einbezogen. Der ITUC, BWI und IndustriAll haben mit Blick auf das neue Gesetz in Schreiben an den Präsidenten Soroonbai Jeenbekov ihre Sorge zum Ausdruck gebracht und ihre Solidarität mit den kirgisischen Gewerkschaften bekräftigt.

Die positiven Aspekte, die es im Kampf der Gewerkschaften gegen das neue Gesetz zu beobachten gibt, können ein Signal des Aufbruchs der kirgisischen Gewerkschaftsbewegung sein. Klar ist aber, dass in einem Land, das einen Überschuss an Arbeitskräften hat und über kein stabiles nachhaltiges wirtschaftliches Fundament verfügt, die Gewerkschaften grundsätzlich Schwierigkeiten haben, ihren Anliegen Gehör zu verschaffen. Dem neoliberalen Ansatz des Anwerbens ausländischer Investitionen um den Preis weiterer Deregulierung haben die Gewerkschaften aktuell wenig entgegenzusetzen. Sie sind überdies nicht in der Lage eine kraftvolle Gegenposition zu entwickeln, die auf ein sozial nachhaltiges Entwicklungsmodell hinwirken und die Diskurshegemonie brechen könnte. Um in naher Zukunft mehr Durchsetzungskraft zu entwickeln, gilt es, aktiv und mit innovativen Methoden um neue Mitglieder zu werben, sowie Kampagnenkompetenz zu entwickeln. Nur so kann Öffentlichkeit für die Belange der Arbeiter_innen hergestellt und die Rolle der Gewerkschaften für die Gesellschaft sichtbar gemacht werden. Eine der entscheidenden Zukunftsfragen für die Gewerkschaften sowie die sozialen Sicherungssysteme des Landes ist die Übertragung informeller Beschäftigung in formalisierte Arbeitsverhältnisse wozu ein konstruktiver Dialog mit der Regierung, aber auch der Arbeitgeberseite notwendig ist. Die Entwicklung eigener sozialpolitischer Expertise ist dazu für die Gewerkschaften unerlässlich, um als glaubwürdiger, kompetenter Anwalt der Beschäftigten auftreten zu können.

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de
www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.